



www.forum-rauchfrei.de
post@forum-rauchfrei.de

Sprecher(in) und Anschrift

Johannes Spatz, ☎ (030) 7475-5922, Fax: -
5925
Müllenhoffstr. 17
10967 Berlin

Dr. Jörn Reimann, ☎ (030) 72 119 08
Dr. Henry Stahl ☎ (030) 865 26256

Presseerklärung

Berlin, 15.09.08

Nationales Tabak-Aktionsprogramm als Alibi

Die heutige Anhörung der Empfehlungen des Drogen- und Suchtrates an die Drogenbeauftragte der Bundesregierung für ein „Nationales Aktionsprogramm zur Tabakprävention“ lässt keine wesentliche Verbesserung der strukturellen Tabakpräventionsanstrengungen der Bundesregierung erwarten. Die Bundesregierung ist formal bemüht, ein Aktionsprogramm vorzulegen, zu dem sie laut einer internationalen Rahmenvereinbarung zur Tabakprävention verpflichtet ist. Johannes Spatz, Sprecher des Forum Rauchfrei, kritisiert: „Der Drogen- und Suchtrat stellt kein Programm auf, das den anstehenden Forderungen nach umfassendem Tabakwerbeverbot, Abbau aller Zigarettenautomaten und spürbaren Steuererhöhungen gerecht wird.“ Die aktuelle Forderung nach rauchfreier Gastronomie ohne Ausnahmen ist nicht Bestandteil des Programms. Mit diesen Empfehlungen verliert die Bundesrepublik endgültig den Anschluss an die Tabakkontrollpolitik von Europa.

Zusätzlich liegt ein Pferdefuß in der ganzen Empfehlung, da weder der finanziell notwendige Rahmen zur Verwirklichung des Programms angegeben wird, noch ein zeitlicher Rahmen definiert wird, innerhalb dessen das Programm verwirklicht werden soll. Die Forderung nach „deutlicher Erhöhung der Haushaltsmittel“ bleibt vollkommen unverbindlich. In einem ersten Schritt sollen mittelfristige Strategieempfehlungen zu einem kurzfristig umsetzbaren Maßnahmenkatalog gebündelt werden. Zwar soll mit der Umsetzung bereits in diesem Jahr begonnen werden, wann aber diese Umsetzung abgeschlossen sein soll und was „mittelfristig“ bedeutet, wird nicht angesprochen.

Die augenblickliche zentrale Forderung, den Passus der Arbeitstättenverordnung streichen zu lassen, der vor allem für die Gastronomie den Arbeitsschutz vor dem Passivrauchen verhindert, ist kein Bestandteil der Empfehlung. Stattdessen wird nur die „Unterstützung der Umsetzung der Arbeitstättenverordnung“ gefordert, die Rauchverbote auch weiterhin nicht als verbindlich ansieht.

Die Forderung nach einem Tabakwerbeverbot beschränkt sich nur auf Details. Kurzfristig soll in den Kinos Tabakwerbung erst ab 20 Uhr statt wie bisher ab 18 Uhr erlaubt sein. Das

Außenwerbeverbot soll sich nur auf Großplakate beschränken. Die wesentlich zahlreichere Werbung in Vitrinen, Bushaltestellen und auf den Außenfassaden von Tabakverkaufskiosken soll weiter erlaubt bleiben. Innenwerbung wie in Bahnhöfen, Flughäfen oder Tabakverkaufsstellen wird gar nicht erst angesprochen. Verbot von Sponsoring und Promotion taucht nicht auf. Immerhin setzt sich der Rat für ein Rauchverbot in Film- und Fernsehproduktionen ein, die mit öffentlichen Mitteln produziert werden.

Eines der insbesondere bei Jugendlichen wirksamen Instrumente zur Reduzierung des Rauchens ist die Anhebung der Tabaksteuern. Der Rat empfiehlt eine Anhebung der Steuersätze, die „mehr als eine Anpassung an die Inflations- und Einkommensentwicklung“ darstellen soll. Was „mehr als eine Anpassung“ bedeutet, wird nicht gesagt.

Das Forum Rauchfrei fordert dringend die Gleichstellung der Besteuerung von allen Tabakprodukten. Bisher sind Drehtabak und Zigarillos so billig, weil der Steuersatz im Vergleich zu den Zigaretten nur ein Drittel bzw. ein Viertel ausmacht. Dazu lässt sich nur in den kurzfristig anzugehenden Maßnahmen die Forderung nach einem „Eintreten auf EU-Ebene“ finden.

Es ist ein eindeutiger Rückschritt, wenn der Drogen- und Suchtrat im Zusammenhang mit Zigarettenautomaten die Erweiterung einer Selbstverpflichtung vorschlägt. Selbstverpflichtungen wurden in der Vergangenheit bei der Tabakkontrolle immer dann eingegangen, wenn damit eine drohende gesetzliche Regelung vermieden werden sollte. Sie haben sich als wirkungslos erwiesen. Der Rat empfiehlt als kurzfristige Maßnahme, die in der Selbstverpflichtung der Automatenaufsteller genannte Schutzzone vor Schulen von 50 auf 100 m zu erweitern. Im schroffen Widerspruch steht dagegen die allgemeine Forderung des Rats nach genereller „Abschaffung des Automatenverkaufs von Zigaretten“.

Begrüßenswert ist die geforderte „Beschränkung der Verkaufsstellen von Tabakwaren“, wenn darunter eine Konzessionierung des Tabakwarenverkaufs gemeint ist, wie man diese etwa in Frankreich und Spanien vorfindet.

Schließlich wird weiterhin die seit langem fällige Anerkennung der Tabakabhängigkeit als Krankheit ausgeblendet. Auch ist Lungenkrebs als Berufskrankheit von Gastronomiepersonal in Zukunft anzuerkennen, wenn es an diesen Arbeitsplätzen zu keinem generellen Rauchverbot kommt..

Die Halbherzigkeit des vorgeschlagenen Aktionsprogramms ist auf die Zusammensetzung des Drogen- und Suchtrates zurückzuführen. Die Mitglieder des Rats kommen zum größten Teil von der Regierung (Bund und Länder). Es ist keine einzige Nichtregierungsorganisation dort vertreten, die sich um Tabakprävention kümmert und nicht überwiegend von der Bundesregierung finanziert wird.

Weitere Informationen bei: Johannes Spatz Tel.: (030) 747 559 25 oder 0176 2441 9964